

Christian Albrecht
Reiner Anselm

Differenzierung und Integration



Mohr Siebeck

Christian Albrecht
Reiner Anselm

Differenzierung und Integration



Christian Albrecht /
Reiner Anselm

Differenzierung und Integration

Fallstudien zu Präsenzen
und Praktiken eines
Öffentlichen Protestantismus

Mohr Siebeck

Christian Albrecht, geboren 1961, ist Professor für Praktische Theologie an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München.
orcid.org/0000-0003-3465-5585

Reiner Anselm, geboren 1965, ist Professor für Systematische Theologie mit Schwerpunkt Ethik an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München.
orcid.org/0000-0003-4472-8308

ISBN 978-3-16-159185-3 / eISBN 978-3-16-159188-4
DOI 10.1628/978-3-16-159188-4

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computer Staiger in Rottenburg/N. aus der Stempel Garamond gesetzt, von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädle in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Im Frühjahr 2017 publizierten die Verfasser unter dem Titel „Öffentlicher Protestantismus“ eine schmale Programmschrift zur gesellschaftlichen Funktion des evangelischen Christentums. Als Öffentlicher Protestantismus war dort diejenige Dimension des evangelischen Christentums verstanden worden, in der der Protestantismus nicht vornehmlich als individuelle Religiosität in Erscheinung tritt und auch nicht primär als kirchliche Gemeinschaft, sondern als eine gesellschaftliche Größe. Darin ist er der Suche nach Voraussetzungen und Formen der öffentlichen Geltung und des öffentlichen Anspruchs des evangelischen Christentums verpflichtet. In orientierender und integrativer Weise beteiligt er sich an der Suche nach denjenigen gemeinsamen Grundlagen, die als Rahmen einen pluralen, an den Rechten des Einzelnen orientierten politischen Diskurs im liberaldemokratischen Gemeinwesen ermöglichen, der dem Respekt vor der Freiheit des Individuums und der Suche nach Kompromissen verpflichtet ist. Mit diesem Profil tritt ein Öffentlicher Protestantismus dem Rückzug des Christentums aus der Gesellschaft entschieden entgegen – sei es der Auswanderung in eine falsch verstandene Innerlichkeit, sei es dem Ausweichen in überweltlich legitimierte Autoritätsansprüche.

Öffentlicher Protestantismus bezeichnet insofern nicht eine quantifizierbare Sozialform des Protestantismus, sondern eine Sichtweise auf den Protestantismus insge-

samt, der als Ganzer eine gesellschaftliche Bedeutung gewinnt, wie er zugleich als Ganzer von Individuen getragen wird und als Ganzer eine kirchliche Gestalt gewinnt. Als ein solcher Ganzer kennt er unterschiedliche Modi, unterschiedliche Dimensionen und kann in diesen verschiedenen Hinsichten beleuchtet werden, indem seine individuelle, seine kirchliche und eben auch seine öffentliche Gestalt herausgestellt wird.

In dem hier vorliegenden Band werden nun Fallstudien veröffentlicht, die teils exemplarische Konkretionen, teils auch Voraussetzungen und Folgen eines solchen programmatischen Blicks auf einen Öffentlichen Protestantismus enthalten. Sie fragen grundsätzlich nach dem Verhältnis zwischen individueller, kirchlicher und öffentlicher Dimension des Protestantismus und nach den Aufgaben des Protestantismus in der Demokratie. Sie nehmen exemplarische Felder und Formen einer öffentlichen Präsenz des Protestantismus in der Gegenwart in den Blick – in der Militärseelsorge, in der Diakonie und in den Debatten um das Kirchenasyl. Sie umreißen protestantische Positionen in aktuellen politischen Debatten, z.B. um Frieden und Nachhaltigkeit. Sie fragen nach Niederschlägen dieser Dimension öffentlicher Bedeutung in der individuellen Frömmigkeit, in den Aufgaben des Theologiestudiums, in den Erwartungen an die Kirche und im gesellschaftlichen Bild des Pfarrhauses. Und sie interpretieren gegenwärtige, innerprotestantische Diskussionen um die angemessene Wahrnehmung dieser öffentlichen Dimension des Protestantismus auf dem Hintergrund älterer, konkurrierender Theorieprogramme für die gesellschaftlichen Aufgaben des Protestantismus. Gemeinsam sollen sie dazu dienen, das 2017 relativ abstrakt vorgestellte Programm eines Öff-

fentlichen Protestantismus anschaulich werden zu lassen im Blick auf leitende Motive, auf längst bestehende Formen und auf zu erwartende Konsequenzen für das Selbstverständnis des Protestantismus in der Gegenwart. Dabei wird sich als gemeinsames Band zeigen, dass die in den Blick genommenen Präsenzen und Praktiken eines Öffentlichen Protestantismus durch das charakteristische Bemühen gekennzeichnet sind, Differenzierung und Integration miteinander zu verschränken. Überdies benennt diese Verbindung von Differenzierung und Integration auch den methodischen Zugang, der die Argumentation in den thematisch teils weit auseinanderliegenden Fallstudien durchgängig bestimmt.

Unser Dank gilt der anregenden Zusammenarbeit in der von der DFG geförderten Forschungsgruppe 1765 „Der Protestantismus in den ethischen Debatten der Bundesrepublik Deutschland 1949–1989“, die uns geholfen hat, unsere eigene Konzeption zu schärfen und zu erproben. Aus den Mitteln der Forschungsgruppe wurde auch diese Publikation unterstützt, dafür sind wir ebenfalls dankbar. In besonderer Weise gilt darüber hinaus unser Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Lehrstuhl für Systematische Theologie und Ethik sowie am Lehrstuhl für Praktische Theologie I in der Evangelisch-Theologischen Fakultät der LMU München, insbesondere Herrn Dr. Johannes Greifenstein und Herrn Dr. Hendrik Meyer-Magister. Danken möchten wir auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verlages Mohr Siebeck für die Zusammenarbeit.

München, im Oktober 2019

Christian Albrecht
Reiner Anselm

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
---------------	---

Christian Albrecht und Reiner Anselm

Öffentlicher Protestantismus. Eine Einleitung	I
---	---

Reiner Anselm

Die Kirche als Vermittlungsinstanz zwischen der individuellen Religiosität und der Aufgabe des Öffentlichen Protestantismus	23
---	----

Reiner Anselm

Die Elitendemokratie überwinden. Zur Aufgabe der Kirchen in der Demokratie	41
---	----

Reiner Anselm

Potenziale der Militärseelsorge in einer sich verändernden Kirche und Gesellschaft	59
---	----

Christian Albrecht

Präsenzdienst. Die Bedeutung der Diakonie für die öffentliche Wahrnehmbarkeit christlicher Einstellungsmuster	75
---	----

Reiner Anselm

- Wir Frommen und das Politische.
 Das Kirchenasyl als Beispiel und Herausforderung
 für den Öffentlichkeitsanspruch des
 Protestantismus 93

Reiner Anselm

- Gerechtigkeit und Frieden: Impulse für die
 Weiterentwicklung der Friedensethik angesichts
 gegenwärtiger weltpolitischer Herausforderungen .. 103

Reiner Anselm

- Nachhaltigkeit oder Verantwortung? 123

Christian Albrecht

- In der Welt aus der Welt sein.
 Zur Konjunktur von „Spiritualität“ 133

Christian Albrecht

- Probleme statt Ideen.
 Zur Integration praxeologischer Perspektiven
 in das Theologiestudium 147

Christian Albrecht

- Kirche für anderes. Erwartungen der Zugehörigen
 und Grenzen der Volkskirche 165

Christian Albrecht

- Das Pfarrhaus als Tabernakel 177

Christian Albrecht

Theoriemotive.

Trutz Rendtorff – Dorothee Sölle –

Wolfgang Huber 189

Christian Albrecht und Reiner Anselm

Ausblick 211

Anmerkungen 219

Nachweise 239

Personenregister 243

Öffentlicher Protestantismus

Eine Einleitung

Christian Albrecht und Reiner Anselm

Wie kann der Protestantismus sein politisches Engagement angemessen wahrnehmen in einer Gegenwartssituation, in der zunehmend eingesehen werden muss, wie fragil die liberale Rechtstaatlichkeit und wie gefährdet die Anerkennung gesellschaftlicher Pluralität ist? Wie kann man evangelisch argumentieren in einer gesellschaftlichen Situation, in der an die Stelle einer Sehnsucht nach einem Konsens immer mehr die Einsicht in die Unauflöslichkeit bestimmter Konflikte tritt? Das evangelische Christentum tut gut daran, in diesen Entwicklungen weder der Neigung zur quietistischen Enthaltsamkeit in der politischen Positionierung nachzugeben noch den Versuchungen eines normativ-autoritären Verkündigungsgestus zu erliegen, weder resignativ aufzutreten noch mit abschottendem, autoritativen Pochen auf eigene Gewissheiten. Wenn der Protestantismus heute die öffentliche Verantwortung wahrnimmt, die ihm seit 1945 zum selbstverständlichen Bestandteil und Charakteristikum geworden ist, dann bedeutet das, sich selbst als Motor und Modus der diskursiven Austragung von gesellschaftlichen und politischen Differenzen zu präsentieren. Das heißt nichts

anderes, als die Zumutungen von Konflikten und Kompromissen in einer liberalen freiheitlichen Gesellschaft zu akzeptieren, zugleich aber die Bedingungen dafür präsent zu halten, dass ein auf der gegenseitigen Anerkennung aller als Gleiche und Freie basierendes Zusammenleben gelingen kann.

Dieser Aufgabenstellung gilt das Programm eines „Öffentlichen Protestantismus“¹. Es steht für ein evangelisches Christentum, das dem Rückzug aus der Gesellschaft entschieden entgegentritt – sei es einem Rückzug in eine falsch verstandene Innerlichkeit, sei es einem Auftritt, der sich als Anspruch auf eine überweltlich legitimierte Amtsbefugnis maskiert, faktisch aber ebenfalls einen Rückzug aus der Gesellschaft bedeutet. Der Öffentliche Protestantismus ist derjenige Modus des evangelischen Christentums, in dem die Voraussetzungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts und Hintergrundüberzeugungen, die für ein liberales Gemeinwesen unabdingbar sind, bedacht und kultiviert werden. Dabei geht es um die Suche nach gemeinsamen Grundlagen, die als Korridor einen pluralen, an den Rechten des Einzelnen orientierten politischen Diskurs ermöglichen. Er bildet so einen orientierenden Rahmen für eine Willensbildung im demokratischen Gemeinwesen, die dem Respekt vor dem Individuum und der Suche nach Kompromissen verpflichtet ist – und trägt darüber hinaus zu seiner Verbreitung und Erhaltung bei.

I.

Öffentlicher Protestantismus wird dabei nicht verstanden als eine Sonderspielart oder spezielle Sozialform des Protestantismus insgesamt, sondern als eine Perspektive,

eine Dimension, die dem Protestantismus als Ganzem von Haus aus eingeschrieben ist, wie auch eine kirchliche Dimension oder eine individuelle Dimension. Der neuzeitliche Protestantismus, insbesondere der deutsche Protestantismus seit 1945 und bis hinein in die unmittelbare Gegenwart ist durch das charakteristische Ineinander dieser drei Dimensionen gekennzeichnet.

Plausibel machen lässt sich dies durch den Blick auf die Träger und Trägerinnen dieses Protestantismus. Sie alle verstehen sich individuell und persönlich als Repräsentanten des Protestantismus als Ganzem; sie nehmen für sich in Anspruch, in den vielfältigen Foren, Debatten und Auseinandersetzungen, in denen sie sich jeweils engagieren, im Namen des Protestantismus zu sprechen. Je nach Perspektive kann man das als differenziertes individuelles, als differenziert kirchliches oder als differenziert gesellschaftliches Handeln betrachten.

Differenziert heißt: die drei Dimensionen sind miteinander verbunden, aufeinander bezogen und untrennbar. Sie zeigen sich, je nach Betrachtungsweise, in dem einzelnen Handeln in unterschiedlichen Mischungs- und Ausdrucksformen.² Die jeweiligen Akzentsetzungen mögen unterschiedlich sein, die Sichtweisen mögen das eine oder das andere hervorheben. Das Feld des Protestantischen ist verlassen, wenn eine der Dimensionen vernachlässigt wird oder gar abgestoßen werden soll. Nur gemeinsam bringen sie zum Ausdruck, was evangelisches Christentum in der Gegenwart bedeutet: Protestant sein, heißt, individuelle Überzeugungen zu haben, sich kirchlich verpflichtet zu wissen und sich für das Gemeinwesen zu engagieren. Darin besteht die gleichsam protestantismustheoretische Voraussetzung aller nachfolgenden

Überlegungen zum Öffentlichen Protestantismus. Diese Theorieprämisse nimmt ersichtlich die bekannte Unterscheidung des neuzeitlichen Christentums bzw. des modernen Protestantismus in individuelle, kirchliche und öffentliche Gestaltungen auf, überschreitet sie aber insofern, als sie die drei Hinsichten keinesfalls als material auffindbare protestantische Lebensformen missverstanden wissen will, sondern als essentielle, voneinander untrennbare Daseins- und Ausdrucksformen eines Protestantismus insgesamt.

II.

Diese Theorieperspektive bedeutet, dass die öffentlichen Stellungnahmen des Protestantismus immer orientiert sein müssen an den Prinzipien, die den Protestantismus als Ganzen tragen. Für die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung lassen sich, in der Aufnahme der drei Artikel des Glaubensbekenntnisses und der dort festgehaltenen Trias des Glaubens an Gott den Schöpfer, an Jesus Christus den Versöhner und den Heiligen Geist als den Erlöser der Welt, drei Grundsätze formulieren. Es sind für das Christentum zentrale Leitgedanken, die hier unter dem Gesichtspunkt stark gemacht werden, dass sie die protestantische Beteiligung an den politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen formatieren, dass sie den Richtungssinn angeben, dem die Praxis politischer Stellungnahmen des Protestantismus zu genügen hat.

Ins Ethische gewendet, bedeutet die aus dem Nicänum stammende Trias, (1) die Weltlichkeit der Welt zu respektieren als Konsequenz aus dem Glauben an Gott den Schöpfer; (2) Freiheit in der Gemeinschaft zu ermög-

lichen als Konsequenz aus dem Glauben an Gott den Versöhner; (3) die Zukunftsfähigkeit menschlichen Lebens zu gewährleisten als Konsequenz aus dem Glauben an Gott den Erlöser. Dabei kann die Dreidimensionalität des individuellen, kirchlichen und öffentlichen Protestantismus selbst ebenfalls als ein weiterer Ausdruck des als schöpferisch, versöhnend und erlösend tätigen Gottes begriffen werden: Die Individualität des Glaubens – ganz im Sinne von Luthers Auslegung des ersten Glaubensbegriffes im Katechismus – als Ausdruck des Schöpfungsgedankens, der Kirchenbezug als Ausdruck der gemeinschaftsbildenden Kraft der Versöhnung durch Christus und die öffentliche Dimension des Protestantismus als Ausdruck der im Geist die räumlichen und zeitlichen Grenzen traditioneller Gemeinschaftsbildung überschreitenden Erlösung.

Die genannten Orientierungspunkte – die Weltlichkeit der Welt zu respektieren, Freiheit in der Gemeinschaft zu ermöglichen und die Zukunftsfähigkeit menschlichen Lebens zu gewährleisten – sind überdies leicht als Konkretisierungen des christlichen Freiheitsgedankens zu erkennen, mit dessen Wiederentdeckung die Reformation ihren Ausgang nahm. Sie betonen die Freiheit gegenüber der Orientierung an einem als normativ verstandenen Naturzustand, die Freiheit gegenüber der den Einzelnen umgebenden Gemeinschaft und die Freiheit gegenüber allen Vorstellungen geschichtlicher Determination. Sie verbinden die *Anerkennung* des in den jeweiligen Bereichen Gegebenen mit der Ablehnung jedweder *Sakralisierung* des Gegebenen. Das Gegebene ist zu gestalten, nicht als unveränderlich hinzunehmen. Das bedeutet aber auch, dass sich die Konkretionen dieser drei Grundsätze nur in einiger Vorläufigkeit und in dem Bewusstsein bestimmen

lassen, dass sie ihrerseits geschichtlichen Wandlungen unterliegen. Der Freiheitssinn, der in ihnen zum Ausdruck gebracht ist, gilt auch für diese Grundsätze selbst. Sie unterliegen dem klassisch protestantischen Einspruch gegen jedwede religiösen oder religionsäquivalenten Absolutheitsansprüche – auch im Bereich des Politischen.

Dies vorweggeschickt, lässt sich dreierlei entfalten. Zunächst: Das Agieren des Öffentlichen Protestantismus wird sich stets gegen alle Versuche wenden, politisches Handeln durch den bloßen Verweis auf naturgegebene Normen zu legitimieren. Gleichwohl schließt diese Anerkennung der Weltlichkeit die Einsicht ein, dass sich politisches Handeln nur im Horizont der natürlichen Rahmenbedingungen vollziehen kann. Der evangelische Freiheitssinn konkretisiert sich in der permanenten Ausmittlung von Realitätssinn einerseits und Möglichkeits-sinn andererseits. Die evangelische Befreiung der Welt zu ihrer Weltlichkeit bedeutet, die Struktur der Welt nicht als Heilsordnung zu überhöhen, sie aber zugleich als denjenigen Rahmen zu begreifen, der den Ort der Realisierung individueller und kollektiver Freiheit der Lebensführung markiert.

Sodann: Versöhnung als Freiheit in der Gemeinschaft zu begreifen bedeutet, als erstes anzuerkennen, dass jeder Mensch sich von anderen unterscheidet – dass er, in traditioneller Sprache formuliert, ein unverwechselbares Kind Gottes ist. Die Unterschiedlichkeit der Menschen bildet den Ausgangspunkt für jede Gemeinschaftsbildung. Alle Menschen sind gleich, weil sie alle verschieden sind – und als solchen Einzelnen, Gleichen, Verschiedenen gilt ihnen die bedingungslose Zuwendung Gottes. Jede Form von Gemeinschaft, ob in Staat oder Kirche, bemisst sich

daran, ob es ihr gelingt, die unverzichtbare soziale Einbettung des Einzelnen so zu gestalten, dass sie die Individualität nicht infrage stellt. Eine solche Freiheit in der Gemeinschaft entspricht der ethischen Fassung des Versöhnungsgedankens, nämlich die konstitutive Sozialität des Menschseins in Einklang zu bringen mit dem Ziel der individuellen Lebensführung in Freiheit und der Sorge dafür, einen solchen eigenen Lebensentwurf auch verfolgen zu können. Dazu gehören nicht allein materielle Ressourcen, sondern auch eine Kultur des Umgangs mit den eigenen Grenzen und den Anforderungen, die andere an das eigene Handeln stellen. Versöhnung bedeutet, darauf hinzuarbeiten, dass Revisionen möglich bleiben. Sie bedeutet zudem die Überwindung des Zwangs, das eigene Leben nur an den Idealen der Gemeinschaft auszurichten – ohne deswegen die Bedeutung der Gemeinschaft für das eigene Leben negieren zu müssen.

Der Versöhnungsgedanke gibt dem Agieren des Öffentlichen Protestantismus noch in einer zweiten Hinsicht einen Richtungssinn. So sehr die Botschaft des Evangeliums dazu anleitet, sich mit dem Bestehenden nicht abzufinden, sondern auf dessen Verbesserung hinzuarbeiten, so sehr entspringt dem Versöhnungsgedanken zugleich das Vertrauen in die Grenzen des selbst empfundenen und aus dem Glauben entspringenden Handlungsdrucks. Der Versöhnungsgedanke weist damit der Motivation zur Veränderung, die aus der Anerkennung der Weltlichkeit der Welt und dem Impuls zur Sicherstellung der Zukunftsfähigkeit des menschlichen Lebens entspringt, das richtige Maß zu: Die Weltlichkeit der Welt in der Perspektive der Versöhnung in den Blick zu nehmen bedeutet, auch dem Gewordenen ein relatives Eigenrecht zuzugestehen. Die

Welt, in der wir uns vorfinden, ist die durch Jesus Christus versöhnte Welt. Aller Unvollkommenheit zum Trotz geht dabei gerade von der bereits geschehenen Versöhntheit der Welt der Impuls aus, Fragen der Verbesserung nicht auf das Niveau von Heilsfragen zu heben. Das relativiert auf heilsame Weise jenen permanenten, steril auf Dauer gestellten Veränderungsdruck, wie er mitunter in Programmen des politischen Protestantismus und der Öffentlichen Theologie zum Ausdruck kommt. In ihnen treten Menschen der Welt stets als Handelnde, als Weltverbesserer entgegen, die eine andere Welt erstreben. Zur Tiefengrammatik dieses Veränderungsdrucks gehört die Vorannahme, dass die Welt unvollkommen sei und es zur Aufgabe des frommen Menschen gehöre, sie zum Guten zu wenden. Die Aussage der christlichen Tradition, dass die Welt der Ort ist, an dem sich die Versöhnung bereits ereignet hat, wird dabei unmittelbar in die Aufforderung an die Glaubenden umgemünzt, diese Versöhnung ins Werk zu setzen. Damit gewinnt aber einseitig das „Noch-Nicht“ der Erlösung das Übergewicht gegenüber dem „Schon“ der Versöhnung. So droht Erfolg im transformierenden Handeln unversehens zur entscheidenden Kategorie für die Stellung des Menschen vor Gott zu werden. Umgekehrt muss Erfolglosigkeit zum Merkmal für die Schuld des Menschen werden, der seine Aufgabe und seine Stellung vor Gott verfehlt hat.

Schließlich: Das Agieren des Öffentlichen Protestantismus wird sich stets für das Ziel einsetzen, dem Einzelnen eine Zukunft in einer selbst gewählten Lebensform zu ermöglichen und ihn nicht auf das Vorgegebene festzulegen. Zukunftsfähigkeit zu betonen bedeutet, die das individuelle Leben prägenden Traditionen als gewordene

und damit als gestaltbare zu verstehen. Im Blick etwa auf die politische Praxis konkretisiert sich das darin, dass die Vorläufigkeit politischen Handelns eingeschränkt wird. Zukunftsfähigkeit bedeutet aber nicht nur, auf Absolutheitsansprüche in einzelnen kontroversen Fragen zu verzichten und dadurch Freiheitsspielräume für die Entfaltung des eigenen Lebensentwurfs zu schaffen. Zur Zukunftsfähigkeit gehört es auch, die Strukturen bereitzustellen und weiterzuentwickeln, die es dem Einzelnen ermöglichen, seinen eigenen Lebensentwurf zu verfolgen. Der Sozialstaat folgt hier dem Geist des Christentums.

Dementsprechend wäre das Freiheitsverständnis des evangelischen Christentums unvollständig, wenn es nur an der Freiheit von Bevormundung orientiert wäre. Denn ergänzend dazu pflegt das Christentum immer auch ein Freiheitsverständnis, das auf Unterstützung und Befähigung des Einzelnen zielt. Eine einseitige Betonung negativer Freiheit läuft Gefahr, den Blick für Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zu verlieren und damit, willentlich oder nicht, bestehende Verhältnisse und Machtstrukturen zu affirmieren. Die christliche Parteinahme für die Schwachen und Rechtlosen nimmt diesen Gedanken auf. Dabei ist eine solche Parteinahme in Aufnahme der neutestamentlichen Erzählungen von Jesu Zuwendung zu den Ausgegrenzten sensibel dafür, dass diejenigen, denen es eine Stimme zu geben gilt, keineswegs stets auf den ersten Blick erkennbar sind – ein Gesichtspunkt, der gerade vor dem Hintergrund des dem Rechtspopulismus zugrundeliegenden Repräsentationsproblems an Bedeutung gewinnen wird.

III.

Mit den hier skizzierten Leitlinien tritt der Protestantismus in seiner Dimension als Öffentlicher Protestantismus für das Verbindende ein, ohne das freiheitliche Gesellschaften und mit ihnen die Pluralität der Lebensformen nicht existieren können. Darin hat er kein grundsätzliches Alleinstellungsmerkmal. Es gibt andere, vergleichbare Akteure. Der Öffentliche Protestantismus verkörpert nicht, im Sinne einer *societas perfecta*, den Gemeinsinn, sondern trägt, gerade in Rücksicht auf die eigene, innere Pluralität, zu ihm bei. Allerdings wird man für den deutschen Kontext festhalten müssen, dass es ein enges und in dieser Weise besonderes Verhältnis zwischen dem Protestantismus und der gesellschaftlichen Öffentlichkeit gibt.

Das Verbindende, dem dieses Agieren des Öffentlichen Protestantismus gilt, ist einerseits deutlich mehr und gehaltvoller als die häufig in pluralen Gesellschaften vertretene, liberale Forderung, dass es um der Sicherstellung der Freiheit willen genügen müsse, äußerliche Rechtstreue einzufordern. Es ist aber, eingedenk der aus dem Glauben heraus entwickelten Überzeugung von der Vorläufigkeit aller inhaltlichen Füllungen des guten Lebens, zugleich auch weniger, als dies in manchen wertsubstantialistischen, exklusivistischen oder moralistischen Positionen vertreten wird. Die Ausrichtung des Protestantismus auf das Gemeinwohl zielt nach dem hier Ausgeführten gerade nicht darauf, einen festen Kanon konkreter politische Forderungen mit der Autorität des Glaubens zu unterfüttern. Er orientiert sich vielmehr an der in den letzten Jahren unter dem Eindruck einer forcierten Pluralisierung der westlichen Gesellschaften gewachsenen Einsicht, dass es

im Sinne einer liberalen, freiheitssichernden Ordnung des Zusammenlebens notwendig ist, die Rahmenbedingungen zu stabilisieren, ohne die ein solcher Pluralismus seine eigenen, freiheitsgarantierenden Grundlagen zu zerstören droht. Seinem Selbstverständnis nach liegt in dieser Zielsetzung die besondere Bedeutung des Öffentlichen Protestantismus für das Zusammenleben in der Gesellschaft.

Die gesellschaftliche Präsenz und die politischen Aufgaben des Öffentlichen Protestantismus umfassen somit mehr als ein prophetisches Wächteramt gegenüber dem Staat oder als die lobbyistische Artikulation kirchlicher Interessen, mehr auch als die bloße Stellungnahme zu strittigen politischen Themen oder die religiöse Zurüstung und Gewissensschärfung des einzelnen politischen Akteurs oder Staatsbürgers. Zwar haben all diese Handlungsformen ihr relatives Recht, bilden aber nicht – weder je für sich noch zusammengenommen – hinreichend ab, worin der besondere Beitrag des Öffentlichen Protestantismus zur politischen Kultur besteht: nämlich in der aus dem Glauben an Gott den Schöpfer, Erlöser und Versöhner resultierenden Pflege des Verbindenden, das politischen Streit sowie politische Entscheidungen ermöglicht und zugleich auch begrenzt. Der Öffentliche Protestantismus will diejenigen Überzeugungsressourcen bereitstellen, die die Voraussetzung dafür bilden, strittige Fragen unter dem Verzicht auf Absolutheitsansprüche und unter der Anerkennung aller Beteiligten als Gleichberechtigten auszutragen. Die Anerkennung von Gleichwertigkeit als Anerkennung von Verschiedenheit ist dabei eine Perspektive, die ebenso eng mit der Tradition des christlichen Glaubens verbunden ist wie sie mit den Hintergrundüberzeugungen und fundamentalen Prinzipien ei-

ner liberalen, rechts- und sozialstaatlichen Demokratie zusammenhängt.

IV.

Wo und in welchen Formen zeigt sich dieser Öffentliche Protestantismus? Gerade in seinem Bezug auf das Öffentliche partizipiert der Protestantismus als Öffentlicher Protestantismus an den gegenwärtig wahrnehmbaren Wandlungen der Sphäre des Öffentlichen, insbesondere an der rapiden Personalisierung des öffentlichen Diskurses. Organisatorisch und strukturell ist der Protestantismus auf diese Herausforderungen bislang nur unzureichend eingestellt. Der alte Gedanke, dass die Wahrnehmbarkeit des Protestantismus das Resultat einer Verzahnung unterschiedlicher Institutionen und Akteure ist, gilt unter den gegenwärtigen Bedingungen beschleunigter, medial vermittelter Aufmerksamkeitszuspitzung nicht mehr. Welche Schwierigkeiten hier bestehen, wird bei nahezu jeder politischen Stellungnahme kirchenleitender Personen deutlich: Es sprechen kirchliche Amtsträger – aber es bleibt im Dunklen, ob sie ihre persönliche Position als Christen vertreten oder als Sachwalter eines Öffentlichen Protestantismus auftreten.

Es fehlt der gemeinwohlorientierten Dimension des Protestantismus eine eigene Instanz, eine institutionelle Repräsentanz. In den Zeiten einer Mediengesellschaft, in den Zeiten aber auch, in denen die Präsenz leitender Überzeugungen des Christentums nicht mehr selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, stellt dies ein unübersehbares Problem dar. Möglicherweise steht diese Wahrnehmung im Hintergrund, wenn bei den Kritikern einer

Kirche, die sich zu sehr als Interessensverband oder politischer Akteur profiliere, von einer spirituellen Auszehrung die Rede ist. Das Gegenmittel besteht aber nicht in einer Konzentration auf das vermeintlich genuin Religiöse, sondern in einer Herausstellung der am gesellschaftlichen Zusammenleben orientierten Kräfte des Protestantismus.

Allen Gesetzen der Mediengesellschaft zum Trotz: Eine solche Stärkung kann nicht darin bestehen, ein neues Amt, gleichsam einen Bischof der Zivilreligion zu schaffen. Es bedeutet vielmehr, diese Kräfte als eine genuine Aktionsform des Protestantismus zu begreifen, die als öffentliche Dimension des Protestantismus mit dessen individueller und kirchlicher Dimension untrennbar verbunden ist.

Vor dem Hintergrund dieser Verschränkung der drei Ebenen des Protestantismus lässt sich die Verantwortung der Kirche für das Gemeinwesen nicht mehr an bestimmte Gruppen oder Funktionsträger delegieren. Sie wahrzunehmen, ist bei aller Verschiedenheit der Verantwortungsebenen jedem einzelnen Protestanten ebenso wie der Kirche als Ganzer aufgetragen. Politische Stellungnahme im Sinne des Öffentlichen Protestantismus ist weder das alleinige Privileg noch die alleinige Pflicht der Inhaber eines besonderen kirchlichen Amtes. Die Formel vom Öffentlichkeitsauftrag der Kirche ist unter modernen, rechtsstaatlichen Bedingungen vielmehr in dem oben genannten, umfassenden Sinne als Aufgabe aller Christen zu begreifen. Sie bedarf der institutionellen Stützung und Rahmung, um sicherzustellen, dass die Einzelnen gemeinsinnnernermöglichend agieren und nicht nur aus individuellen Motiven. Das bedeutet keine amtskirchliche Stillstellung von Pluralität, sondern zielt auf die verstärkte